



Medienkommentar

EU-Militäreinsatz in Zentralafrika

Der UN-Sicherheitsrat hat eine EU-Militärmission in der Zentralafrikanischen Republik bewilligt, wie die Medien heute berichteten. Die EU wolle mit 600 Einsatzkräften ...



Der UN-Sicherheitsrat hat eine EU-Militärmission in der Zentralafrikanischen Republik bewilligt, wie die Medien heute berichteten. Die EU wolle mit 600 Einsatzkräften die 1600 bereits in Zentralafrika stationierten französischen Soldaten unterstützen. Das Land werde von einem blutigen Religionskonflikt erschüttert, erklärte die „Zeit“ und titelte: „Weil sich Christen und Muslime in der Zentralafrikanischen Republik bekriegen, hat die EU einen Militäreinsatz beschlossen“.

„Der Konflikt in Zentralafrika kann auf keinen Fall auf eine Konfliktlinie Christen gegen Muslime reduziert werden...“, sagt der Direktor des internationalen Flüchtlingsdienstes JRS, Peter Balleis. „Die Religion wird für politische Ziele missbraucht, während allerdings Imame und Kirchenführer bemüht sind, die Menschen zum Frieden und zur Versöhnung zu bewegen“, erklärt er weiter.

Seit dem Sturz von Staatschef François Bozizé im vergangenen März 2013 sind in Zentralafrika Gewalt und Unsicherheit an der Tagesordnung. Der damalige Putsch wurde vom Ausland begrüßt, die TAZ titelte: „Umsturz schafft Chancen“ und erklärte, die neu an die Macht gekommenen Rebellen könnten dem Land zu Demokratie verhelfen. Das nun entstandene Chaos begründet jetzt einen EU- Militäreinsatz, für den kritische Denker ganz andere Beweggründe, als die der humanitären Hilfe vermuten.

Schon im Jahr 2011 berichtete Radioafrika-TV von den französischen Uraninteressen in der Republik. Da Frankreich komplett auf Atomenergie baue, seine eigenen Uranvorkommen jedoch aufgebraucht habe, benötige es dringend billiges Uran. Radioafrika dazu: „Der französische Atomkonzern Areva deckt seine Urannachfrage aus dem Niger. Doch der Niger hat die Verträge neu verhandelt und liefert nun einen Teil seiner Produktion nach China und Kanada. Die Franzosen müssen sich nach neuen Quellen umsehen... Besonderes Augenmerk richten die Fördergesellschaften in den letzten Monaten auf die bereits bekannten, aber nicht ausgebeuteten Uranvorkommen in der Zentralafrikanischen Republik. 40.000 Tonnen Uran werden alleine in der Region Bakouma vermutet. Ein riesiger Reichtum, – zumindest theoretisch.“

Meine Damen und Herren, könnte es sein, dass hier die Religion einmal mehr als Sündenbock herhalten muss, um kolonialistische Feldzüge zu rechtfertigen? Wäre es nicht angebrachter, der Tatsache ins Auge zu blicken, dass die Religion in vielen Fällen noch die einzige Instanz ist, welche der ungezähmten Gier Einzelner entgegen zu wirken vermag?

von ss

Quellen:

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/zentralafrikanische-republik-eu-militaer-mission><http://www.zeit.de/2014/03/zentralafrika-gewalt-konflikt-christen-muslime><http://www.taz.de/!113422/http://www.radioafrika.net/2011/03/07/zentralafrika-%E2%80%93-uranabbau-wird-ausgebaut/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.